

Der Elefant im Raum: Militarisierung & die Klimakrise

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

acTVism: Danke, dass Sie heute hier sind. Würden Sie sich zunächst einmal vorstellen?

Nick Buxton (NB): Mein Name ist Nick Buxton, ich bin Forscher am Transnational Institute, einem Institut mit Sitz in Amsterdam, das weltweit mit sozialen Bewegungen arbeitet.

acTVism: Auf Twitter schreiben Sie, dass die COP26 die erste Klimakonferenz war, bei der dieses Thema (Militarisierung) endlich die Aufmerksamkeit der Medien auf sich gezogen hat. Warum ist das wichtig?

NB: Es ist bedeutsam, da das Militär im Rahmen des UN-Prozesses ignoriert wurde, und der UN-Prozess den Klimawandel als Notfall behandeln und alle möglichen Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen ergreifen soll. Und es ist ein riesiger, wie wir es ausdrücken, Elefant im Raum, wenn es einen Wirtschaftssektor gibt, der von den Klimagesprächen ausgenommen wurde. Im Jahr 1997, als das Kyoto-Protokoll verabschiedet wurde, wurde das Militär absichtlich davon ausgenommen, über seine Emissionen Rechenschaft ablegen zu müssen. Im Jahr 2015 war dies freiwillig. Es konnte einbezogen werden, aber es war freiwillig, ob die Länder ihre militärischen Emissionen meldeten oder nicht. Und doch hat nur ein Land, die USA, ein Militär, das einen größeren Kohlenstoff-Fußabdruck hat als 140 Länder. Es handelt sich also um einen riesigen Sektor, der in die Gespräche einbezogen werden muss. Und dennoch wurde er bisher völlig ignoriert.

acTVism: Warum, glauben Sie, findet diese Diskussion jetzt auf der COP26 statt?

NB: Es gibt eine wachsende Bewegung von Menschen, die der Ansicht sind, dass dies nicht ignoriert werden kann. Und natürlich sind die Länder gezwungen, ihre Emissionen zu erhöhen - und nun entsteht eine Volksbewegung. Es ist also eine Klimabewegung entstanden, die zunehmend mehr Macht und Einfluss hat und diese Dinge zur Tagesordnung werden lässt. Es wurde also endlich darüber gesprochen. Ich würde sagen, dass es in diesem COP nicht so aussieht, als ob wir tatsächlich irgendwelche Verbindlichkeiten bekommen werden. Worauf ich mit meinem Tweet hinauswollte, ist, dass zum ersten Mal darüber gesprochen wurde. Die Medien haben darüber berichtet, einer der wichtigsten Vertreter äußerte sich dazu, sogar der NATO-Generalsekretär war zum ersten Mal auf der COP, um über militärische Emissionen zu sprechen. Es ist also Teil der Agenda geworden. Wir müssen dafür sorgen, dass das Militär bei der nächsten COP27 nicht nur keine Ausnahme mehr macht, sondern seine Emissionen im Einklang mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen und der Verpflichtung zur Begrenzung des Klimawandels auf 1,5 Grad reduzieren muss, und das erfordert eine starke Mobilisierung der Bewegungen. Das bedeutet nicht nur, dass sie ihre Emissionen reduzieren müssen, sondern auch, dass das Militär reduziert werden muss, denn wir können die 1,5 Grad nicht erreichen, wenn wir nicht auch die Militäremissionen und die Militärausgaben reduzieren.

acTVism: Wir haben Sie schon einmal zum Thema Militarisierung und Klimawandel befragt. Aber können Sie für neue Zuschauer diesen Zusammenhang kurz zusammenfassen?

NB: Ich würde sagen, dass es hier drei Dinge zu beachten gibt. Erstens, wie viel Emissionen verursacht werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Militär sehr viel fossile Brennstoffe verbraucht. Ein F-16-Jet der USA zum Beispiel verbraucht etwa 14400 Gallonen pro Stunde. Wir sprechen hier von einem äußerst gas- und ölverschlingenden Militär. Es ist also nicht überraschend, dass es eine riesige, sogenannte Kohlenstoff-Bilanz hat. Die Europäische Union hat Berechnungen angestellt, wonach das Militär wahrscheinlich 24 Millionen Tonnen Kohlenstoffemissionen pro Jahr ausstößt, im Falle der USA sind es sogar astronomische Werte. Es sind mehr als 200 Millionen Tonnen. Sie spielen also eine Schlüsselrolle bei der Erzeugung von Emissionen und tragen somit zu den Treibhausgasen und der Klimakrise bei, in der wir uns befinden. Sie haben auch - man darf nicht vergessen, warum es das Militär gibt - die Aufgabe, den Zugang zu strategischen Ressourcen zu bewachen und zu sichern, wozu natürlich auch Öl und Gas gehören. Es gibt einen Grund, warum wir so viele Kriege im Nahen Osten geführt haben. Aus einem Bericht geht hervor, dass etwa ein Viertel aller Kriege seit den 1970er Jahren etwas mit Öl zu tun hatten. Das Militär ist dort also sehr stark eingebunden. Die Militärwirtschaft ist mit der Ölirtschaft verknüpft. Und zweitens geht es natürlich um riesige Mengen an Ressourcen, die von dem ablenken, was momentan zu tun wäre. Bei den UN-Klimaverhandlungen ist die Wut der Entwicklungsländer darüber groß, dass die reichsten Länder ihr Versprechen nicht eingehalten haben, 100 Milliarden Dollar pro Jahr für die Klimaanpassung in den ärmsten Ländern bereitzustellen. Und trotzdem geben wir Milliarden und Abermilliarden für das Militär aus. Laut einer Kalkulation haben wir 21 Billionen Dollar ausgegeben, die USA haben 21 Billionen Dollar für das Militär ausgegeben, eine astronomische Summe seit 2001. Stellen Sie sich also vor, was Sie mit 21 Billionen

Dollar in Bezug auf den Green New Deal und die anspruchsvollen Klimaziele, die wir jetzt brauchen, tun könnten. Es ist also eine Abzweigung von Ressourcen, die angeblich der Sicherheit dienen sollen. Aber die größte Bedrohung unserer Sicherheit, der kollektiven und menschlichen Sicherheit, ist derzeit die Klimakrise. Und dennoch wurde Geld für den Krieg bereitgestellt. Wir müssen also zu einer grünen Friedenswirtschaft zurückkehren. Und drittens würde ich sagen, dass wir auch darüber nachdenken müssen, was passiert, wenn sich die Klimakrise voll entfaltet. Und ich denke, eine meiner größten Sorgen ist, dass das Militär nicht gegen die Krise vorgeht, dass es keine Rolle bei der Bekämpfung der Ursachen der Krise spielen wird. Es versucht vielmehr zu expandieren, um die Folgen der Krise zu bewältigen. Daher wird in den nationalen Sicherheitsplänen der reichsten Länder Europas, wie Deutschland, Großbritannien und Frankreich, sowie der anderen NATO-Mitglieder, der USA, Kanada usw., zunehmend von Klimasicherheit gesprochen. Sie sprechen davon, dass wir das Militär brauchen werden, um mit den Folgen des Klimawandels umgehen zu können. Sie sagen, dass die Instabilität zunehmen wird, dass wir scheiternde Staaten haben werden, dass wir Massenmigration erleben werden, dass wir neue Kriegsschauplätze haben werden, wie zum Beispiel in der Arktis, und dass wir deshalb das Militär brauchen, um mit den Folgen umgehen zu können. Also genau in dem Moment, in dem wir die Ursachen der Klimakrise bekämpfen sollten, investieren wir stattdessen mehr Geld in die Bewältigung der Folgen. Und das in einer Weise, die ich für ziemlich gefährlich halte. Das vielleicht beste Beispiel dafür ist die Migration, die wir bereits beobachten können, und sie ist spürbar. Während der UN-Klimagespräche wurde Nancy Pelosi eine Frage gestellt. Sie ist die Vorsitzende der Demokraten im Kongress. Man fragte sie ob es nicht ein Widerspruch sei, so viel Geld für das Militär auszugeben, obwohl es einen so großen CO2-Ausstoß hat und trotzdem von den Gesprächen ausgenommen ist. Und sie äußerte sich nicht dazu, wie hoch die Ausgaben sind - sie ging nicht auf die Frage der Kosten des Militärs oder der Emissionen ein. Was sie sagte, betraf die Notwendigkeit des Militärs aufgrund der Krisen, mit denen wir zu kämpfen haben. Und sie nannte Migration als eine Krise.

Abby Martin im Video: Abby Martin von The Empire Files. Sprecherin Pelosi, Sie haben gerade eine große Erhöhung des Pentagon-Budgets durchgesetzt. Dieser Budgetplan des Pentagons ist bereits gewaltig. Das Pentagon ist ein noch größerer Umweltverschmutzer als 140 Länder zusammen. Wie können wir ernsthaft über Netto-Null reden, wenn es diesen überparteilichen Konsens zur ständigen Ausweitung dieses großen Verursachers des Klimawandels gibt, der von diesen Konferenzen ausgenommen ist? Das Militär ist von den Klimagesprächen ausgenommen.

Rep. Frank Pallone im Video: Ich möchte ein Beispiel anführen, wenn ich darf. Wissen Sie, der Anstieg des Meeresspiegels ist ein wichtiger Teil der Klimaveränderungen, die wir erleben. Ich bin kein Verteidigungsexperte, aber ich habe viele Gespräche mit dem Verteidigungsministerium geführt, insbesondere mit der Marine, um herauszufinden, wie sie auf diese Entwicklung reagieren müssen. Ich glaube also, dass es keinen Grund gibt, warum wir nicht auf das Verteidigungsministerium zurückgreifen und dieselbe Wirkung in Bezug auf

die Reduzierung von Emissionen erzielen können. Und ich glaube, dass sich das Verteidigungsministerium sehr wohl der Tatsache bewusst ist, dass es eine wichtige Rolle spielen muss, sowohl in strategischer Hinsicht als auch zum Wohle der Welt. Ich sehe also nicht, dass das, was wir tun, oder die Erhöhung des Verteidigungsbudgets in irgendeiner Weise im Widerspruch zu den Klimaschutzmaßnahmen steht. Das sehe ich wirklich nicht.

Nancy Pelosi im Video: Und ich möchte noch hinzufügen, dass unsere nationalen Sicherheitsberater uns bestätigen, dass die Klimakrise eine Frage der nationalen Sicherheit ist. Es ist natürlich eine Frage der Gesundheit für unsere Kinder, des Wassers, das sie trinken, der Luft, die sie atmen, und so weiter. Es ist eine Frage der Arbeitsplätze, denn gute, saubere Technologien sind die Zukunft unserer Arbeitskräfte und der Schaffung für alle diese Dinge. Es ist eine Frage der nationalen Sicherheit, weil die Klimakrise eine Vielzahl von Konsequenzen hat. Ich werde nicht auf alle eingehen, aber sie sind der Grund für Migration, Konflikte um Lebensraum und Ressourcen. Und auch das ist eine globale Sicherheitsherausforderung. Und viertens geht es natürlich um die moralische Frage, dass wir diesen Planeten auf verantwortungsvolle Weise an künftige Generationen weitergeben müssen. Unter Berücksichtigung dessen, was Sie gesagt haben, erkennen wir an, dass es im Laufe der Zeit viele Initiativen gegeben hat, die erfolgreicher waren und mehr Technologie zur Umstellung von fossilen Brennstoffen auf andere Brennstoffquellen für den Betrieb des Militärs eingesetzt haben, da dies den größten Unterschied bei der Transportverteidigung ausmachen würde. Dies sind zwei der wichtigsten Faktoren, die bei all dem den größten Unterschied ausmachen können. Und das ist etwas, auf das wir uns sehr, sehr konzentrieren. Wie ich bereits sagte, sieht das Verteidigungsministerium dies systematisch als ein bewältigendes Problem der nationalen Sicherheit an. Und eine Möglichkeit, dies zu tun, besteht darin, unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu beenden, die die Klimakrise noch verschärfen. In diesem Sinne danke ich Ihnen allen für Ihre Anwesenheit. Leider wurde uns mitgeteilt, dass der Saal geleert werden muss. Davon wusste ich gar nichts.

NB: Man muss sich das vor Augen halten, wenn man diese nationalen Sicherheitsstrategien liest, in denen Migranten als Bedrohung bezeichnet werden. Mit anderen Worten: Diejenigen, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind, die nichts mit der Entstehung der Krise zu tun haben, werden jetzt als Bedrohung für unsere nationale Sicherheit bezeichnet. Und das finde ich zutiefst beunruhigend, weil es die Opfer der Klimakrise in eine Bedrohung verwandelt, etwas, das mit Waffen, mit Grenzen, mit bewaffneten Antworten bekämpft werden muss. Wenn wir glauben, dass es militärische Lösungen für die Klimakrise gibt, dann steuern wir auf eine Welt zu, die noch ungerechter und unmenschlicher ist als die, in der wir uns jetzt befinden.

acTVism: Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe dafür?

NB: Ich sehe das ähnlich wie den Neoliberalismus. Wir haben ein Paradigma, das sehr

dominant ist, das hegemonial geworden ist. Angeblich ist es so gefestigt, dass es nicht in Frage gestellt wird. Und ich denke, es gibt zwei Paradigmen, die unsere Gesellschaft im Moment dominieren. Das eine ist der Markt, dass der Freie Markt gut ist. Wenn man liberalisiert und Unternehmensgewinne ermöglicht, dann ist das auf jeden Fall gut. Und das ist zu etwas sehr Dominanten geworden. Wir sehen es also unabhängig davon, ob es sich als schädlich erweist oder nicht. Im Hinblick auf die Umwelt und die Rechte der Arbeitnehmer ist es gut, einen Freien Markt zu haben, der es mächtigen Konzernen ermöglicht, zu dominieren. Die Kosten dafür sehen wir gerade jetzt. In der Klimakrise, die Krise ist vor allem eine Folge der fehlenden Regulierung der Ölkonzerne, die vom Staat unterstützt werden und sehr, sehr mächtig geworden sind. Und das ohne Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Folgen. Und das andere momentan sehr ausgeprägte Paradigma ist jenes der Sicherheit. Es besagt, dass die nationale Sicherheit über allem steht. Alles kann als Sicherheitsbedrohung bezeichnet werden, egal ob es sich um Terrorismus oder Migranten handelt, und das wird dann zu einer Rechtfertigung dafür, sich so zu verhalten, wie man möchte. Und das sehen wir gerade an der polnisch-weißrussischen Grenze, an der Menschen sterben, weil Migranten als Sicherheitsbedrohung betrachtet werden. Und Polen wurde von der Europäischen Union dabei unterstützt, Migranten an der Grenze zu stoppen, obwohl auf der anderen Seite unvorstellbares Leid und Tod zu beklagen sind. Das sind also zwei Paradigmen, die wirklich in Frage gestellt und herausgefördert werden müssen, vor allem, da wir uns auf eine Klimakrise zu bewegen, denn die Konzerne, ihre Handlungsfreiheit, diese unreguliert und vor allem vom Staat unterstützt, bedeutet, dass wir eine immer größere ökologische Krise erleben. Wir haben eine Wirtschaft, die gegen die Existenz unseres Planeten, und aller Lebewesen auf ihm, anrennt. Und wenn wir das Militär in einer Zeit der Instabilität und Krise stärken, wird es zur Standardreaktion im Umgang mit allen Konsequenzen. Und das geschieht in einem sehr nationalistischen Rahmen. Es geht immer um die nationale Sicherheit, und wir wissen, dass der Klimawandel nicht mit einer nationalistischen oder militärischen Lösung bewältigt werden kann. Die Lösung wird in kollektiver Solidarität und Gerechtigkeit bestehen, und sie muss in Gerechtigkeit und Solidarität eingebettet sein. Andernfalls wird die Krise eine inakzeptable Zahl von Todesopfern zur Folge haben. Die Klimakrise zwingt uns also dazu, diese beiden Paradigmen zu überwinden, wenn wir voranschreiten und uns auf eine humane Weise anpassen wollen.

acTVism: Haben Sie die Hoffnung, dass die Militarisierung auf der COP27 eine größere Rolle spielen wird?

NB: Auf der einen Seite bin ich nicht hoffnungsvoll. Nächstes Jahr wird die Konferenz in Ägypten stattfinden. Wenn Sie jemals einen militarisierten Staat besuchen wollten, dann wäre Ägypten einer von ihnen. Es ist also kein gutes Omen, dass Ägypten Gastgeber sein wird. Aber meine Hoffnung liegt wie immer auf den Bewegungen. Ich denke, was bei dieser COP wirklich herausragend war, war die Stärke der Bewegung für Klimagerechtigkeit und insbesondere die wachsende Stärke der Jugendbewegungen, und die Jugendbewegungen haben es wirklich verstanden. Ich habe zum Beispiel mit einer der Klimastreikenden

gesprochen, sie ist 17 Jahre alt und kommt aus Birmingham, und sie sagt: "No border, no nation, no coal power station" ("Keine Grenze, keine Nation, kein Kohlekraftwerk"). Sie stellen also ganz klar die Verbindung zwischen Grenzen, Migration und dem Stoppen der Klimakrise her. Und sie sind mächtiger geworden als je zuvor. Die Menschen stellen also eine Verbindung zwischen Klima und Militarismus her, wie es sie noch nie gegeben hat. In diesem Sinne glaube ich, dass es unausweichlich sein wird, dass das Militär zumindest die Konsequenzen dafür tragen muss, dass es nicht nur die Krise verursacht, sondern auch Geld zur Bekämpfung der Krise abschöpft.

ENDE